



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

5. Januar 1951

F/VI/4

Hinweise auf den Inhalt:

Verteidigung am Kamin	S.1
Der kleine Gewerkschaftskongress tagt	S.2
Franco und Tito	S.3
Umzug nach Strassburg?	S.4
Konto "Adenauer-Spende"	S.5
Thermosflasche und Klubwagen	S.6
Konsumgenossenschaften im Aufstieg	S.6

Verteidigung am Kamin

-e. Ein Mitarbeiter des Bundeskanzlers meinte nach Adenauers letzter Besprechung mit Hochkommissar McCloy, der Kanzler zühe als Form der deutsch-alliierten Verteidigungsgespräche vorläufig "Gespräche am Kamin" offiziellen Konferenzen vor. Das ist verständlich, denn das Fehlen einer Vollmacht für irgend welche Beschlüsse in dieser Frage, würde dem Verlauf der offiziellen Konferenzen von vornherein enge Grenzen setzen.

So sehr die Hinwendung zu Gesprächen am Kamin nun zeigt, dass Adenauer im zunehmenden Masse mit amerikanischen Gebräuchen vertraut wird, so zweifelhaft ist doch, ob das Licht des Kaminfeuers ausreichen wird, um während der Unterhaltungen stets die notwendige Klarheit zu schaffen und die Dinge in ihrem richtigen Verhältnis zueinander zu sehen. Wie leicht verwischen sich im Dämmerlicht Traum und Wirklichkeit. Erinnert sich der Kanzler noch an eine Stunde der Wirklichkeit, in der er in einem seiner INS-Interviews erklärte, er werde ablehnen müssen... nämlich einen deutschen Verteidigungsbeitrag auf der Grundlage des Spofford-Planes? Es ist nicht bekannt, dass diese Grundlage aufgegeben wurde, doch der Kanzler verhandelt - am Kamin.

Nun steht als neue Versuchung eine französische Einladung zu einer westeuropäischen Verteidigungskonferenz in Paris bevor. Es heisst, Bonn solle an dieser Konferenz "völlig gleichberech-

tigt" teilnehmen, "genau wie bei den Verhandlungen über den Schuman-Plan", erläuterte ein französischer Berater der Hochkommission. Das aber war und ist die deutsche "Gleichberechtigung" unter einem Besatzungs- und Ruhrstatut. Diese Art von Gleichberechtigung ist nur ein Schattenspiel, das zu Konversationen am Kamin passt. In Wirklichkeit ist die Gleichberechtigung von sehr realen politischen und rechtlichen Voraussetzungen abhängig. Sie ist unteilbar. Die politische Situation ist zu ernst, als das diese Tatsache mit entgegenkommenden, aber doch auch unaufrichtigen Formulierungen überdeckt werden dürfte. Am Kamin mag man darüber plaudern können, wie es wäre, wenn, mag man tun dürfen, als ob.

Der Bundeskanzler scheint Gefallen an dieser Atmosphäre der verschwimmenden Konturen gefunden zu haben. Für die Gespräche, die vor der Vierer-Konferenz und ohne Verquickung mit militärischen oder finanziellen Kompensationen über die deutsche Gleichberechtigung zu führen wären, würde freilich die Zweisamkeit am Kamin nicht ausreichen. So entscheidende Fragen sollten keineswegs unter Ausschluss der Öffentlichkeit diskutiert werden und es ist wohl überflüssig, ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass eventuelle Erklärungen Adenauers am Kamin weder für das Volk, noch für das Parlament verbindlich sind.

Der kleine Gewerkschaftskongress tagt

sp. Auf Freitag, den 12. Januar 1951, ist überraschend der Bundesausschuss des DGB, der sogenannte kleine Gewerkschaftskongress, nach Düsseldorf einberufen worden. Einziger Punkt der Tagesordnung: "Stand der Bewegung um die Mitbestimmung".

Die plötzliche Einberufung des kleinen Gewerkschaftskongresses, zu dem alle angeschlossenen Verbände ihre Vertreter entsenden, und die Wahl des Themas lassen keinen Zweifel darüber, dass der angekündigte Streik der Metallarbeiter um die Mitbestimmung und seine eventuellen Konsequenzen für alle Gewerkschaften im Vordergrund der Beratungen stehen. Auch die Einstellung der Einzelgewerkschaften zu der nunmehr drohenden Kraftprobe dürfte ausser Zweifel stehen. Sie ist einheitlich positiv für den Entschluss der Metallarbeiter. Ergebnis der Beratungen wird also sein: Beschlüsse über die strategischen und taktischen Maßnahmen im Kampf. - Autorisierung des Bundesvorstandes des DGB vor der deutschen Öffentlichkeit, den Kampf der Metallarbeiter mit dem Gewicht der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung zu unterstützen.

Franco und Tito

P.R. Die demokratische Abwehrfront ist dabei, zwei sozusagen reinrassige Diktatoren für sich zu engagieren, den Faschisten Franco und den abtrünnigen Stalinisten Tito. Anleihen sind vereinbart bzw. schon gegeben, wichtige Lieferungen in Gang gekommen. In Falle Franco sind die Männer narhaft gemacht worden, die nach einer Pause von vier Jahren die Vereinigten Staaten und England wieder in Madrid vertreten sollen.

Beides sind in ihrer Erscheinung besonders prunkvoll-dekorative Vertreter ihres Genres, beide passen denkbar schlecht in die Gesellschaft, in die sie nun hineinkommen. Der Kreis derer, der sie aufnimmt, wird so wenig Freude an ihnen haben, wie sie an ihm. Das trifft zu, obwohl beide glauben, eine Art Legitimation für die ihnen zugedachte neue Rolle eines mehr oder weniger aktiven Verbündeten im Abwehrkampf gegen den Bolschewismus zu haben - Franco aus der Zeit des spanischen Bürgerkrieges, Tito durch seinen Abfall von Moskau.

Leider vergisst man heute vielfach. - und der spanische Diktator selbst hat keinen Anlass, daran zu erinnern - dass Franco mit Hilfe der verflorenen Diktaturen in Deutschland und Italien der Demokratie in seinem Lande das Lebenslicht ausgeblasen hat, deren Anhänger sich damals auf die freilich sehr schwache Hilfe der westlichen Demokratien und die wesentlich wirksamere Moskaus stützen konnten. Franco aber begnügt sich heute mit der irreführenden Behauptung, er habe in seinem Lande schon einmal den Bolschewismus niedergeworfen. - Tito wiederum ist, trotz aller persönlichen Gegnerschaft gegen Stalin, ein kommunistischer Diktator, nichts anderes. Persönliche Ressentiments und die materielle Not seines Landes haben ihn bei den Westmächten Anschluss suchen lassen. Etwas einigermaßen Sicheres über die Zuverlässigkeit seiner künftigen Partnerschaft lässt sich nicht sagen.

Der grosse Vorteil beider ist vor allem die wichtige strategische Lage ihrer Länder im Falle einer bewaffneten Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und ihren Satelliten - Spanien als ein durch die Pyrenäen abgeschirmtes, fast ideales Glacis, im Grunde das einzige vor einer schnellen russischen Invasion sichere Land auf dem Kontinent, neben der Insel England. Jugoslawien als das

fast unentbehrliche Bindeglied zwischen Mittel- und Westeuropa auf der einen und der griechisch-türkischen Bastion auf der anderen Seite.

Die These, dass man in der Auswahl seiner Verbündeten nicht wählerisch sein dürfe, wenn Not am Mann sei, hat sich gerade für die westlichen Alliierten als zweischneidig und gefährlich erwiesen. Ihr heutiger einziger Gegner auf Leben und Tod ist ihr Verbündeter von Gestern, den nicht zuletzt die westalliierte Politik eines fast hemmungslosen Entgegentommens und Nachgebens in seine heutige überragende Position gebracht hat. Die Dinge liegen im Hinblick auf Franco und Tito, unter europäischem Aspekt gesehen, im Grundsatz nicht anders, wenn sie sich auch graduell davon erheblich unterscheiden.

Umzug nach Strassburg?

sp. Eisenhowers erster Besuch in Europa als Oberbefehlshaber der atlantischen Streitkräfte, steht bevor. Der General wird Klarheit darüber gewinnen wollen, wann es eine atlantische Armee geben kann. Vielleicht trägt die Popularität, die er auch in Paris besitzen soll, dazu bei, den Aufbau dieser Armee zu beschleunigen. Der Einspruch des Rates der Republik gegen den Beschluss der Nationalversammlung in der Rüstungsfrage war freilich für Eisenhowers Ankunft keine sehr glückliche Begleitmusik. Eisenhower ist mit sehr viel Vollmachten ausgestattet worden, die über den rein militärischen Sektor hinausgehen. Als im Dezember amerikanische Frauen gegen den Brüsseler Beschluss für eine Atomwaffenrüstung Westdeutschlands protestierten, meinte Eisenhower zwar, er habe nur Befehle auszuführen. Doch in Wirklichkeit wird er mehr Befehle geben, mehr Beschlüsse fassen, als ausführen.

Sein Hauptquartier wird zunächst im Astoria Hotel, in der Nähe des Arc de Triomphe in Paris, errichtet. SHAFB (Supreme Headquarters Allied Powers Europe - Oberstes alliiertes Hauptquartier in Europa) ist der Name dieses Führungsstabes, in dem auch der Generalstab der Brüsseler Westalliierten, die sich bisher in

Fontainbleau nicht recht einig werden konnte, aufgehen soll. Nun hat Eisenhower den Gedanken geäußert, das Hauptquartier nach Strassburg zu legen. Er hofft, mit diesem Umzug in östlicher Richtung einen "besonderen psychologischen Effekt" zu erzielen. Wir glauben nicht, dass der Effekt in Westdeutschland besonders gross sein wird. Doch sind wir sicher, dass die erhoffte Wirkung in Westdeutschland erst dann erzielt sein wird, wenn die Bemühungen um die grösstmögliche Sicherheit in der Truppenstärke der atlantischen Armee in Europa ihren Ausdruck finden. Bis dahin bliebe auch Strassburg nur ein Symbol und sicher nicht das verheissungsvollste.

- - - -

Konto "Adenauer-Spende"

"Der Aufstieg der deutschen industriellen Produktion seit der Währungsreform hat in der industriellen Unternehmerschaft rückhaltlos zu der Einsicht geführt, wie segensreich für die deutsche Industrie, die Erhaltung des Eigentums und damit für das Ergehen des deutschen Volkes die Kanzlerschaft Adenauers sich ausgewirkt hat", heisst es in einem Rundschreiben des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Fritz Berg.

Der Briefschreiber spricht von einer Anregung, die an ihn herangetragen worden sei, die Industrie zu einer Geldspende zu veranlassen, die anlässlich seines Geburtstages dem Bundeskanzler zur Verwendung "für wissenschaftliche und kulturelle Zwecke" gemacht werden solle. Er gibt den Wunsch weiter, zu diesem Zwecke einen Betrag, "der einen 2-Mark nicht unterschreiten sollte, unter der Bezeichnung Adenauer-Spende auf das Konto des Bundesverbandes beim Bankhaus Sal. Oppenheim & Cie. in Köln zu überweisen".

"Bemerken darf ich dabei", heisst es am Schluss, "dass die Behandlung der Spenden als abzugsfähige Betriebsausgabe und die Rechtsform der Spende bereits Gegenstand von Verhandlungen mit dem Finanz- und dem Innenministerium sind, über deren Ergebnis ich Sie demnächst ungesäumt unterrichten werde".

Thermosflasche und Klubwagen
oder Massenkonsum und Bahnkomfort

In der "Sächsischen Zeitung" (SED-Land Sachsen) vom 27. Dezember 1950 lesen wir:

"Kürzlich erstand ich im Konsum Oschatzer Strasse eine Thermosflasche zum Preise von 2,85 DM. Am nächsten Morgen wurde heisser Kaffee hineingefüllt, aber zum Frühstück war der Kaffee bereits kalt. Ich stellte am Halse der Flasche einen Störung fest. Ich ging zum Konsum, und da ich die Flasche erst zwei Tage vorher gekauft hatte, erklärte sich der Geschäftsleiter bereit, die Hälfte des Schadens zu tragen. Ich bekam eine zweite Thermosflasche für DM 1,45. Am anderen Morgen, als ich jedoch den Korken aus der Flasche ziehen wollte, gab es einen Knack, und am Flaschenhals zeigte sich ein Sprung. Also derselbe Fehler wie bei der ersten Flasche. Am Nachmittag wollte mir der Geschäftsführer des Konsums plötzlich einreden, die erste Flasche sei angeschlagen gewesen. Den Umtausch der zweiten Flasche lehnte ich ab, denn was nützt mir eine umgetauschte dritte Flasche, wenn diese womöglich genau so fehlerhaft ist wie die vorhergehenden. Vielmehr möchte ich mein Geld wiederhaben. Den Konsum bitte ich, für die Thermosflaschen eine Gebrauchsanweisung mitzuliefern, aus der zu ersehen ist, was die Flaschen alles nicht vertragen können. Dann wird wenigstens niemand mehr sein schwerverdientes Geld für so etwas ausgeben".

In der gleichen Zeitung, vom 20. Dezember 1950 aber lesen wir:

"Zu Ehren des 71. Geburtstages Josef Wladarionowitsch Stalins erhält der "Zug der deutsch-sowjetischen Freundschaft" D 121/122, Strecke Dresden - Bad Erambach, einen Klubwagen. Er ist der erste seiner Art in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Reisenden haben die Möglichkeit, in einem geschmackvoll eingerichteten Klubwagen eine Bibliothek, Zeitungen und Zeitschriften zu benutzen".

Konsumgenossenschaften im Aufstieg. (sp.) Die ersten neun Monate des vergangenen Jahres haben für den Wiederaufbau und den Ausbau der Konsumgenossenschaftsbewegung in der Bundesrepublik einschliesslich Berlin erfreuliche Fortschritte gebracht. Die Mitgliederzahl stieg in den neun Monaten von Januar bis September 1950 um beinahe 250.000 Mitgliedsfamilien, womit bei rund 1.250.000 Konsumgenossenschaften weit über vier Mill. Personen, Erwachsene und Kinder durch die Konsumgenossenschaften versorgt werden, denn in der Regel repräsentiert ein Mitglied eine ganze Familie. Die Zahl der dem Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V. berichtenden Genossenschaften ist um acht gestiegen. Über 200 neue Verteilungsstellen wurden errichtet.

Der Umsatz der Konsumgenossenschaften mit 583 411 000 DM lag über 16 Prozent über dem Umsatz der ersten neun Monate des Vorjahres. Im September 1950 war der Umsatz um 20 Prozent gegenüber dem Umsatz des Septembers im Vorjahre gestiegen.

An der Umsatzsteigerung sind die Konsumgenossenschaften im ganzen Bundesgebiet einschliesslich Berlin beteiligt.